

mit der nötigen Bescheidenheit sich an der Wiedergutmachung der Schuld, die wir alle verantworten müssen, sichtbar und still beteiligt haben, eine völlig andere Beurteilung.

Es hat uns gerade diese imposante charakterliche Haltung vieler unter jenen ermutigt, als Opfer des Faschismus nicht die Frage zu stellen, die naheläge und viel moralische Berechtigung hätte, die Frage nach der Wiedergutmachung dessen, was gutzumachen wäre, des Schadens also, den wir Opfer des Faschismus erlitten haben, sondern die Frage der Nation und nicht die der Person. Wir haben aus diesem Grunde in dem Augenblick, in dem wir die Quellen des Faschismus durch unsere gemeinsame Tat verstopft hatten, nachdem die Beseitigung derjenigen, die als Kriegsverbrecher und Naziaktivisten anzusehen waren, erreicht war, ausschließlich die Frage der sich einigenden, sich konstituierenden Nation gestellt. Und wir sehen mit Freude, daß wir unter den ehemaligen Parteigängern, die nicht Kriegsverbrecher gewesen sind, viele gefunden haben, die auch für sich nicht die Frage der Person, sondern der Mitarbeit am Aufbau unseres Deutschland stellen.

Das ist es, was die Arbeitsgemeinschaften des Kulturbundes und des Frauenbundes bewegt, hier durch meinen Mund ihr uneingeschränktes Ja zu diesem Gesetzentwurf zu erklären.

Aber erlauben Sie mir noch eins! Ich habe als lediglich meinem Gewissen unterworfenen Volksvertreter nicht nur den Auftrag der Arbeitsgemeinschaften zu erfüllen, für die ich zu sprechen die Ehre habe, ich habe auch mein Gewissen zu erforschen. Über unsere Schultern sehen unendlich viele Tote in diesem Augenblick, die von Maidanek, von Lidice, von Dachau, von Ravensbrück. Es hätte keinen Sinn, auch nur die Hauptstätten der Vernichtung und Schändung des Menschen aus jener Epoche noch einmal aufzählen zu wollen. Vor jenen Toten müssen wir uns die Frage stellen: Woher nehmen wir das Recht zu unserem Ja gegenüber diesem Gesetzentwurf? Ich kann nach ernsthafter Gewissensforschung sagen: Wir haben dieses Recht. Denn sie, die großen Märtyrer und Märtyrerinnen der Demokratie in unserem Volk, in aller Welt, sie, die Rechtfertiger der Menschheit im Augenblick des Unmenschlichen, sie, die heroische Minderheit der Bewahrung des deutschen Namens und der deutschen Ehre in jener Zeit der Unehre, haben nicht die Frage der Person gestellt. Auch sie stellten lediglich die Frage der Nation. Ihr Auftrag ist nicht unverjährende Rache an Zweit- und Drittschuldigen. Ihr Auftrag ist der Aufbau eines neuen, eines anderen Deutschland, die unwiderrufliche Gestaltung und Fortentwicklung des Lebens der schaffenden Menschen dieses Volkes im Kreise einer friedlichen Welt.

Im Blick auf diese Toten halte ich das vorgelegte Gesetz für das durchaus tragbare Maximum dessen, was wir in diesem Augenblick an ehrlicher, uneingeschränkter Kameradschaft tun können, indem wir den letzten Spaten voll nehmen, um die große Kluft zuzuschütten. Ich hoffe und darf erwarten, daß unsere neuen Kameraden, die uns nun jenseits dieser Kluft begegnen, das tun, was die Besten von ihnen in diesen vier Jahren längst getan haben, womit sie uns und ihnen ermöglichten, uns als einige Nation zusammenzustellen, daß sie selbst täglich mehr und mehr das verwirklichen, was der Auftrag an uns alle ist, zu schaffen in der Welt einer neuen, einer kämpferischen Demokratie den Bund freier, unabhängiger, bescheidener, selbstbewußter und unwiderruflich friedfertiger Menschen.

(Lebhafter Beifall)

### **Präsident Matern:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Knabe.

### **Abg. Dr. Knabe (CDU):**

Meine Damen und Herren! Das Gesetz über den Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht ist ein hoher und bedeutsamer staatspolitischer Akt, weil er ein Beweis dafür ist, daß uns die Festigung der demokratischen Ordnung gelungen ist. Durch dieses Gesetz werden Tausende und Zehntausende von Mitbürgern von den Beschränkungen, denen sie bis jetzt unterlagen, befreit. Sie sind gleichberechtigt in unserem demokratischen, in unserem nationalen und in unserem wirtschaftlichen Leben. Deswegen begrüßt meine Fraktion, die Christlich-Demokratische Union, dieses Gesetz und wird ihm die Zustimmung geben.

Allerdings hätte auch unsere Fraktion es gern gesehen, wenn einige Dinge noch in einer Ausschußberatung näher geklärt worden wären. Bei der Wichtigkeit aber, schnell dieses Gesetz zu erlassen, haben wir diese Bedenken zurückgestellt.

Wir haben aber den Wunsch, daß in den Ausführungsbestimmungen die Anregungen, die wir dem Herrn Regierungsvertreter bereits gegeben haben und die wir ihm noch geben werden, weitgehende Berücksichtigung finden, da ja die Wirkung und Auswirkung eines solchen Gesetzes ganz wesentlich von den Bestimmungen abhängt, durch die das Gesetz durchgeführt wird. Wir werden deswegen der Regierung noch entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Es sind nun, wie ich vorhin schon sagte, Zehntausende von Mitbürgern von diesen Beschränkungen befreit worden. Sie haben größere Rechte bekommen. Größere Rechte bedingen aber auch härtere Pflichten, härtere Pflichten an der Mitarbeit der Nationalen Front, härtere Mitarbeit an den großen wirtschaftlichen Aufgaben, die uns noch bevorstehen.

Der besondere Wunsch meiner Partei geht aber nun dahin, daß dieses Gesetz nicht nur schnell durchgeführt wird, sondern daß es im Sinne der Absicht, in der dieses Gesetz erlassen worden ist, und im Sinne unserer Verfassung seine Durchführung findet.

(Lebhafter Beifall)

### **Präsident Matern:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Kuckhoff von der SED.

### **Abg. Frau Kuckhoff (SED):**

Im Auftrage der Fraktion meiner Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, nehme ich zu der hier begründeten Gesetzesvorlage Stellung.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bejaht das vorliegende Gesetz und begrüßt es, daß der Vorschlag, den der Parteivorstand am 4. Oktober 1949 den deutschen Staatsorganen machte, dem Hohen Haus heute am 9. November unterbreitet wird.

Wohl kein Schritt kann die überlegene Sicherheit eindringlicher bezeugen als diese Maßnahme der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, ein Schritt, der aus der klaren Einsicht in die notwendige Entwicklung kommt und der beweist, mit welcher reifer politischer Verantwortung alle Voraussetzungen geschaffen werden, die der nationalen, Einheit als Vorbedingung des Friedens dienen.

Den Terror des Faschismus hat die Arbeiterklasse Deutschlands, haben die Sozialisten am grausamsten an ihrem eigenen Leibe erfahren. Sie beklagen nicht nur den Tod, die Verbannung, die ungezählten Kerkerjahre der Menschen, die um ihrer fortschrittlichen Politik willen verfolgt wurden. Sie beklagen mehr noch die